



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

41/2013 11.10.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer



Neu:

Barbara Leitl-Staudinger

[Einführung ins öffentliche Recht](#)

Das Lehrbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar und berücksichtigt bereits das Recht der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012. 28,- EUR, 4. Auflage, 226 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2013, ISBN 978-3-902883-09-4

Fachtagung:

[Verwaltungsgerichtsbarkeit – Neu](#)

Am 30. Oktober 2013 findet im Hotel Courtyard by Marriot Linz eine Fachtagung zum Thema „**Verwaltungsgerichtsbarkeit – Neu**“ statt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm.

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen bis zum 16. Oktober 2013 an Frau Eva Pillinger (e.pillinger@scwp.com).

Neu:

[Zeitschrift für Energie- und Technikrecht \(ZTR\) 3/2013](#)

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 294/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Verordnung über das Verbot der Verwendung bestimmter Azofarbstoffe bei Gebrauchsgegenständen (**Azofarbstoffverordnung 2004**) aufgehoben wird

[BGBl II 295/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Verordnung über das Verbot der Verwendung von Weichmachern (Phthalate) in bestimmten Gebrauchsgegenständen (**Weichmacherverordnung**) aufgehoben wird

[BGBl II 296/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über die Aktualisierung der Anlage zum Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz – LMSVG (**LMSVG-Anlagen-Aktualisierungsverordnung 2013**)

[BGBl II 299/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über Pharmakovigilanzanforderungen und Pharmakovigilanzmeldungen (**Pharmakovigilanz-Verordnung 2013** – PhVO 2013)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 263 v 05.10.2013, 15](#)

Beschluss des Rates vom 30. September 2013 über die Anwendung der Regelung Nr 41 der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) — Einheitliche Bedingungen für die **Genehmigung der Krafträder hinsichtlich ihrer Geräusentwicklung**

[ABI L 269 v 10.10.2013, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des **Zollkodex** der Union

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

10.06.2013, [B 974/2011 ua](#)

NÖ BauO; NÖ RaumordnungsgG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung der Vorstellungen von Nachbarn gegen eine Baubewilligung zur **Errichtung einer Wohnhausanlage** in Groß-Enzersdorf; keine Bedenken gegen die **Änderung des maßgeblichen Bebauungsplans** hinsichtlich der Erhöhung der Bebauungsdichte angesichts des konkreten öffentlichen Interesses an der Bereitstellung von Wohnungen für betreutes Wohnen; keine anlassfallbezogene Widmung und keine individuelle Begünstigung; Rechtmäßigkeit der öffentlichen Kundmachung der Bebauungsplanänderung

24.09.2013, [G 103/2012](#)

GewerbeO 1994; ZustellG; Aufhebung einer Bestimmung der GewO 1994 über die **Fiktion der Zustellung gewerbebehördlicher Bescheide** an Gewerbetreibende; keine unerlässliche und somit keine von den einheitlichen Zustellregelungen in verfassungsrechtlich zulässiger Weise abweichende Regelung

25.09.2013, [U 1937/2012](#)

AsylG 2005; kein Verstoß des im Asylgesetz 2005 normierten **Neuerungsverbot im Berufungsverfahren** gegen das in der EU-Grundrechte-Charta enthaltene Recht auf Zugang zu Gericht angesichts einer verhältnismäßigen Beschränkung; keine Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung der Asylanträge zweier afghanischer Staatsangehöriger

27.09.2013, [U 701/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Asylantrags eines somalischen Staatsangehörigen wegen **Drittstaatsicherheit und Ausweisung** in die Niederlande mangels hinreichender Auseinandersetzung mit dem Aspekt der Asylberechtigung eines in Österreich lebenden minderjährigen Kindes des Asylwerbers im Hinblick auf die gegebenenfalls gebotene **Ausübung des Selbsteintrittsrechts**

01.10.2013, [G 27/2012](#)

Tiroler FlurverfassungslandesG; Zurückweisung eines **Drittelantrags** wegen Unzulässigkeit; bei einem Gesetzesprüfungsverfahren, das auf Antrag eines Drittels der Mitglieder eines Landtages durchgeführt wird, handelt es sich um ein Verfahren sui generis, in dem sich die Prüfung der Legitimation auf den Zeitpunkt der Antragstellung zu beziehen hat; der Umfang einer auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu prüfenden Gesetzesbestimmung ist derart abzugrenzen, dass durch die **Aufhebung bloßer Teile einer Gesetzesvorschrift** der verbleibende Rest der Gesetzesvorschrift nicht ein veränderter, dem Gesetzgeber nicht mehr zusinnbarer Inhalt gegeben würde; der angefochtene zweite Satz in § 40 Abs 6 Tir FlurverfassungslandesG ist in ein Gesamtsystem eingebettet, das die Stellung des Teilwaldberechtigten gegenüber dem Grundeigentümer umfassend gestaltet, weshalb die bloße Anfechtung des zweiten Satzes in § 40 Abs 6 ausscheidet

01.10.2013, [B 615/2013](#)

GlücksspielG; **Vibg UVS-G**; **Vibg LandesverwaltungsgerichtsG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleister Rechte durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen Veranstaltung verbotener Ausspielungen nach dem GlücksspielG; kein Zweifel an der **Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Mitglieder des UVS** Vorarlberg; Rechtsanspruch auf Ernennung zum Richter des Landesverwaltungsgerichtes bei Erfüllung der Voraussetzungen

02.10.2013, [V 42/2013](#)

Zivilluftfahrt-PersonalV; **Zivilluftfahrtpersonal-Hinweis MED 1**; Zurückweisung des Individualantrags eines **fliegerärztlichen Sachverständigen** auf Aufhebung bereits außer Kraft getretener Bestimmungen im Zivilluftfahrtpersonal-Hinweis (ACG) mangels Legitimation; Fehlen einer aktuellen Betroffenheit des Antragstellers; keine Veränderung seiner Rechtsposition bei Aufhebung der angefochtenen Bestimmungen aufgrund **unmittelbar anwendbaren EU-Sekundärrechts**

02.10.2013, [B 790/2013](#)

Beamten-DienstrechtsG; kein Entzug des gesetzlichen Richters durch Einleitung eines **Disziplinarverfahrens** gegen eine in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehende Lehrerin; **gesetzmäßige Zusammensetzung des zuständigen Senats** der Disziplinarkommission entsprechend der gehörig kundgemachten Verordnung der neu bestellten Vorsitzenden; keine Rückwirkung der Verordnung

02.10.2013, [B 932/2013](#)

Stmk GemeindeO; Zurückweisung der Beschwerde zweier Gemeinden gegen die Abweisung der Anträge auf **Vereinigung zu einer neuen Gemeinde** mangels Vorlage innerhalb der Beschwerdefrist gefasster **Gemeinderatsbeschlüsse** zur Beschwerdeerhebung

B. Verwaltungsgerichtshof

23.08.2013, [2010/03/0075](#)

TelekommunikationsG; Wunsch nach Einblasen eines Lichtwellenkabels in ein mitverlegtes Leerrohr; **fehlende Zuständigkeit** der belangten Behörde, inhaltlich über die Berufung der Bf zu entscheiden; gegen eine von der Erstbehörde getroffene (negative) Entscheidung über die begehrte Abgeltung konnte gem § 6 Abs 6 TKG 2003 das Gericht angerufen werden; eine Berufung war damit unzulässig

11.09.2013, [2012/02/0044](#)

Stmk VeranstaltungsgG; von Sonderfällen abgesehen, ist es unzulässig, wenn eine **Messung am entscheidenden Immissionspunkt** möglich ist, die dort zu erwartenden Immissionen aus den Ergebnissen einer Messung an einem anderen

Ort zu prognostizieren; da eine derartige Beweisaufnahme unterblieben ist, hätte die Vorstellungsbehörde die Mangelhaftigkeit des Verfahrens auf Gemeindeebene wahrnehmen müssen

11.09.2013, [2013/02/0047](#)

ArbeiterInnenschutzG; ein Arbeitgeber hat seine Arbeitnehmer vor **sämtlichen Gefahren** zu schützen, auch wenn diese von Einrichtungen ausgehen, die vom Vertragspartner des Arbeitgebers hergestellt wurden; es konnte kein wirksames Kontrollsystem dargelegt werden, zumal nach den Feststellungen keinerlei Unterweisungen hinsichtlich der **Abschaltung der 1kV-Leitung** erfolgt ist

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[10.10.2013, Rs C-622/11, Pactor Vastgoed](#)

Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Art 13 Teil C und Art 20 – **Lieferung einer Immobilie** – Recht, für eine Besteuerung zu optieren – Recht zum **Vorsteuerabzug** – Berichtigung der Vorsteuerabzüge – Einziehung der infolge der Berichtigung eines Vorsteuerabzugs geschuldeten Beträge – Steuerpflichtiger – **Steuerpflichtiger, der mit dem Steuerpflichtigen, der den Abzug ursprünglich vorgenommen hat, nicht identisch ist** und an dem besteuerten Umsatz, für den der Abzug vorgenommen wurde, nicht beteiligt ist

[10.10.2013, Rs C-321/12, van der Helder und Farrington](#)

Soziale Sicherheit – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 28 Abs 2 Buchst b – Leistungen der **Krankenversicherung** – Bezieher von **Altersrenten in mehreren Mitgliedstaaten** – **Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat** – Gewährung von Sachleistungen im Wohnstaat – Übernahme von Leistungen – Mitgliedstaat, dessen ‚Rechtsvorschriften‘ die längste Zeit für den Rentenberechtigten gegolten haben – Begriff

[10.10.2013, Rs C-306/12, Spedition Welter](#)

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht – Richtlinie 2009/103/EG – Art 21 Abs 5 – Schadenregulierungsbeauftragter – **Passive Zustellungsvollmacht für gerichtliche Schriftstücke** – Nationale Regelung, die die **Wirksamkeit der Zustellung vom Vorliegen einer ausdrücklichen Zustellungsbevollmächtigung** abhängig macht – Richtlinienkonforme Auslegung

[10.10.2013, Rs C-94/12, Swm Costruzioni und Mannocchi Luigino](#)

Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** – Technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit – Art 47 Abs 2 und Art 48 Abs 3 – Möglichkeit eines Wirtschaftsteilnehmers, sich auf die **Kapazitäten anderer Unternehmen** zu stützen – Art 52 – Zertifizierungssystem – Öffentliche Bauaufträge – Nationale Vorschrift, die den Besitz einer **Qualifikationsbescheinigung** vorschreibt, die der Kategorie und dem Wert der Arbeiten entspricht, die Gegenstand des Auftrags sind – Verbot, sich in Bezug auf Arbeiten ein und derselben Kategorie auf die Bescheinigungen mehrerer Unternehmen zu stützen

[10.10.2013, Rs C-86/12, Alokpa ua](#)

Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV und 21 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – **Aufenthaltsrecht eines Drittstaatsangehörigen, der Verwandter in aufsteigender Linie von Unionsbürgern im Kleinkindalter** ist – Unionsbürger, die in einem anderen Mitgliedstaat geboren sind als in demjenigen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, und die **von ihrem Freizügigkeitsrecht keinen Gebrauch gemacht** haben – **Grundrechte**

B. Schlussanträge

[09.10.2013, Rs C-371/12, *Petillo und Petillo \(GA Wahl\)*](#)

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 – Richtlinie 84/5/EWG – Art 1 – Richtlinie 90/232/EWG – Art 1a – **Schadensersatzanspruch** – Begrenzung des Schadensersatzanspruchs – **Nichtvermögensschaden**

C. Gericht

[08.10.2013, Rs T-545/11, *Stichting Greenpeace Nederland und PAN Europe / Kommission*](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente, die die **Erstgenehmigung für das Inverkehrbringen des Wirkstoffs Glyphosat** betreffen – Teilweise Verweigerung des Zugangs – **Gefahr der Beeinträchtigung der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person** – Art 4 Abs 5 der Verordnung Nr 1049/2001 – **Überwiegendes öffentliches Interesse** – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 6 Abs 1 der Verordnung Nr 1367/2006 – Richtlinie 91/414/EWG

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

08.10.2013, Beschwerde Nr. [30210/06](#), *Ricci / Italien*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verurteilung eines **Journalisten** zu einer **Haftstrafe**, da er unbefugt **Dokumente veröffentlicht** hatte, die zur internen Verwendung eines Fernsehsenders bestimmt waren; Verurteilung an sich nicht konventionswidrig, jedoch **unverhältnismäßig hohe Strafe**

10.10.2013, Beschwerde Nr. [26547/07](#), *Print Zeitungsverlag GmbH / Österreich*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); **Veröffentlichung eines Briefes** in Lokalzeitung, der sich gegen zwei Politiker richtete; Verurteilung des verantwortlichen Zeitungsverlags zu **Entschädigungszahlungen** wegen **Rufschädigung nicht konventionswidrig**

10.10.2013, Beschwerde Nr. [64569/09](#), *Delfi AS / Estland*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); **Verantwortlichkeit** eines **Internetportals** für Veröffentlichung von **Kommentaren** als Reaktion auf einen Artikel; **ordnungsgemäße Anwendung des innerstaatlichen Rechts** durch die nationalen Gerichte **anstelle von unionsrechtlichen Bestimmungen**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungs- strafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.